

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

199 (28.8.1907) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luitpoldstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Anzeige billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 199.

Zweites Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 28. August 1907.

27. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes den Parteitag zu Essen 1907.

Allgemeines.

Die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages über den Massenstreik, unsere Stellung zur Volkserziehung und zum Strafrecht waren dazu geeignet, Gegenstände theoretischer Erörterung für das abgelaufene Jahr zu werden. Zweifellos waren diese Fragen ausgiebig behandelt worden, wenn das Jahr nicht ein Kampfsjahr ungewöhnlicher Schärfe geworden wäre.

Die große Befriedigung wurde von unseren Genossen beim Parteitag über den Massenstreik ausgedrückt. Hier die Stellung der Partei zu den verschiedenen Kampfsfragen wurde. Die Partei hat ihren Parteigenossen und die Hoffnungen der Genossen, dass es zu einem Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft kommen könne, wurden in Mannheim bestätigt. Der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft kann nur in der Theorie bestehen. Der Massenstreik ist gleichzeitig in den Gewerkschaften, und es ist eine freie Gewerkschaft, deren Mitglieder nicht theoretisch Sozialdemokraten sind. Eine gewisse Scheidung besteht nur so lange und so weit, als verschiedene Interessengebiete für die politische und gewerkschaftliche Organisation bestehen. Der Massenstreik war aber eine Sache, der das Tätigkeitsgebiet beider Organisationen ist.

Nicht die theoretische Erörterung gewisser Fragen führt die politische und gewerkschaftliche Organisation auf einen Kampfsplatz zusammen, sondern auch tägliche Kämpfe. Schon am 12. November 1906 wurde die Regierung den Gewerkschaften über die gewerkschaftlichen Berufsvereine im Reichstag ein, ein Gesetzentwurf, der die Wünsche der Gewerkschaften betreffend die Schiedsgerichtsbarkeit erfüllt und die Gewerkschaften lahmlegen sollte. Mehr aber die Unternehmerverbände bemüht, Frage über Arbeits- und Lohnverhältnisse zu einer Diskussion umzuformen. Ihre Anhänger bedecken die Teilnehmer hinter der Phrase: „Defamierung der Sozialdemokratie“. Streiks in Einzelbetrieben werden mit den Aussperrungen beantwortet, und die von den Arbeitern ausgeschaltene Presse schreibt dann nicht mehr das eigentliche Kampfsobjekt: Lohnsenkung für bezahlte Arbeiter oder Abkürzung der Arbeitszeit, sondern man schreibt nur über Kämpfe um Nachfragen, wer Herr im Hause sein soll.

Das zeigte sich bei der Aussperrung der Schauerleute in Hamburg, bei den großen Kämpfen im Holzarbeiterstreik und den Kämpfen der Berliner Bauhandwerker. Die Kämpfe und die großen wirtschaftlichen Fragen, die durch die Gesetzgebung geregelt werden müssten oder um die die Arbeiter kämpfen, sind die Gewerkschaften schon besetzt. Der Kampf der Schauerleute in Hamburg entbrannte über Frage, ob eine übermäßig lange Arbeitszeit, wodurch die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, fortgesetzt soll. Das im Hafenbetrieb solche übermäßig lange Arbeitszeit besteht, hat der Hafeninspektor ausgeprochen und das Sanitätsamt über den Gegenstand ausständig festgestellt. Nach diesen Feststellungen wäre der Streik verpflichtet gewesen, von dem § 120e der Gewerbeordnung Gebrauch zu machen und einen Maximalarbeitszeit durch Verordnung festzusetzen. Statt dessen verlangten die Arbeiter, dass sie länger arbeiten wollen, eigenständig die Gewerbeordnung zulässt.

Eine ähnliche Frage brachte den Berliner Bäckereistreik. Nach § 106e der Gewerbeordnung sollen die Arbeiter, die jeden Sonntag arbeiten müssen, einen Ruhe-Tag in der Woche haben. Würde man den Absatz 4 des § 106e auf § 106e der Gewerbeordnung anwenden, dann wäre die Hauptforderung der Bäcker erfüllt. Aber die Regierung rührt sich nicht. Wo ein Streik, sieht sie auf Seiten der Unternehmer. Je mehr die brutale Gewalt der Unternehmerverbände, um die von der Regierung, Polizei und Gerichte, zur Anwendung kommt, um so mehr werden die Fragen des Lohns und Arbeitsverhältnisses politische Fragen, die durch die Gesetzgebung geregelt werden müssen. So werden die Grenzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit verwischt.

Eine weitere Erscheinung der Neuzeit, die zur Verengung der Grenzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit beiträgt, ist die Gründung der „Indifferenten oder nationalen Arbeitervereine“. Bis vor dem Indifferentismus der Arbeiter der schimmige Charakter der Arbeiterbewegung. Indifferenten Arbeiter sind bei den Wahlen gegen uns aufgetreten, sie bilden die Scharen, aus denen man die Streikbrecher rekrutiert. Diese indifferenten Arbeiter zu offenen Feinden der sozialdemokratischen Partei und der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu erziehen und so eine „Nationalarmee“ zu schaffen, die bereit ist, bei politischen Kämpfen wie wirtschaftlichen Kämpfen sich gegen Massenbewusstseinswörter zu wenden, das ist der Zweck der Gründung! „Nationale Arbeitervereine“ heißen auf politischem „gelbe Gewerkschaften“ auf gewerkschaftlichem Gebiet. Es sind Organisationen, die unter Umständen die Interessen der Unternehmer den Interessen der Arbeiter vertreten sollen.

Die Arbeiter, deren Mangel an Erkenntnis so zum Schaden der Arbeiterklasse missbraucht wird, aufzuklären, das ist der Wert aller Massenbewusstseinswörter. Aber auch durch die wirtschaftliche Entwicklung werden die Grenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit verwischt. Die in Syndikaten vereinten Unternehmer räumen sich, dass sie von der Gewerkschaft weniger getroffen werden. Dadurch, dass die Industriezweige, wie der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie, in Syndikate vereinigt sind und nicht Einzelunternehmer als Verkäufer auf dem Weltmarkt auftritt, ist die Gefahr des Verlustes der Kund-

schaft von Abnehmern ausgeschlossen. Etwas Streiks müht sich gegen das ganze Syndikat richten, müht also Massenstreik sein. Für diese sind schwer die Mittel zu beschaffen. Andererseits besteht aber für die Arbeiter das beruhigende Gefühl, dass solche Streiks nie durch Anwerbung von Streikbrechern verloren gehen können. Je mehr aber die geistlichen Unternehmungen den Charakter öffentlicher Einrichtungen annehmen, umso mehr wird es Aufgabe der Gesetzgebung, die Missstände, die bei den Kleinunternehmern durch Streiks entstehen, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. So wirken die Verhältnisse zusammen, gemeinsame Tätigkeitsgebiete für Partei und Gewerkschaften zu schaffen, und zwingen so die Arbeiter, mit ihren Organisationen zusammenzutreten. Dadurch werden dann die Befürchtungen der Arbeiter und die Hoffnungen der Gegner, dass es zu einem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könnte, endgültig beseitigt.

Die großen Aufgaben, die sich die Partei auf dem Gebiete der Förderung der Bildungsbestrebungen gestellt hat, werden erfüllt werden; denn für die mächtige Kulturbewegung, die in der Sozialdemokratie zutage tritt, gibt es keinen Rückschritt oder Stillstand, sondern nur ein Vorwärts!

Die Parteigenossen in Sachsen, Preußen und Hessen stehen vor neuen Wahlrechtskämpfen. Die sächsische Regierung hat offen anerkannt, dass das gegenwärtig geltende Dreiklassenwahlrecht unhaltbar ist und hat einen Wahlrechtsentwurf ausgearbeitet und veröffentlicht, der ein buntes Gemisch von Kurienwahlrecht, Pluralstimmrecht und Proportionalwahlrecht ist. Der Zweck dieses Gesetzes soll sein, nicht ganz so ungerecht zu scheinen wie das gegenwärtige Gesetz, aber es soll verhindern, dass jemals die Sozialdemokraten die Mehrheit im Landtag erhalten. Wenn auch mehr als neun Zehntel der Bevölkerung Sozialdemokraten werden, so sollen doch die Gegner, und wenn sie noch so stark zusammenkommen, immer die Mehrheit im Landtag behalten. Einen Wert hat die Einbringung der neuen Vorlage insofern, als die Regierung das jehige Wahlrecht als großes Unrecht beurteilt. Was die Regierung aber an seine Stelle setzen will, ist ein ebenso großes Unrecht und ein so trauriges Durcheinander, dass es unseren Genossen leicht werden wird, auch gegen diesen Entwurf die Massen mobil zu machen.

Noch weiter zurück ist die Wahlrechtsfrage im Heimlande des Dreiklassenwahlrechts, in Preußen. Man redet und schreibt zwar, dass man auch in Preußen Wahlrecht anfangt, die Unhaltbarkeit des Wahlrechts zu erkennen. Dieses ist aber nicht neu, denn Bismarcks Ausspruch von „dem elendesten aller Wahlsysteme“ ist schon über vier Jahrzehnte alt. Nebenfalls wird die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen die Dreiklassenwahlrecht mit aller Energie weiterführen! Der bereits angelegte preussische Landesparteitag wird sich vor allem mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen haben. Nichtsdestoweniger hat der Parteivorstand sich bereits eingehend mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und alle Vorbereitungen getroffen, die für eine mächtige Entfaltung der Wahlrechtsbewegung in Preußen in Frage kommen!

So sieht die Partei vor großen Aufgaben. Je stärker die Partei wird, um so heftiger wird der Widerstand der Gegner. Das dieser heftige Widerstand kommen werde, hat jeder einsichtige Politiker vorausgesehen. Kein erfahrener Genosse war im unklaren darüber, dass man mit allen nur denkbaren Mitteln die Partei bekämpfen werde. Aber bis jetzt haben noch alle Gewaltmittel versagt, wenn die Herrschenden den Kulturfortschritt hemmen wollten; so wird es auch mit dem Kampf gegen den Sozialismus geschehen.

Wenn wir auf die Vergangenheit zurückblicken, dann zeigt sich, dass die Partei am stärksten wuchs, je heftiger die Angriffe auf die Partei und die Arbeiterklasse waren. Das erste Auftritten der Indifferenten kommen in der Regel die Gegner. Die so Aufzutretenden zu Sozialdemokraten zu erziehen, das ist die Aufgabe unserer Agitation. Der sogenannten Vlodpolitik, die mit den letzten Wahlen eingeleitet sein soll, fehlt jede positive Grundlage. Es gibt keine politische Forderung, auf welche der Block einig könnte. Die einzige Frage, in welcher der Block einig ist, ist der Ruf: „Gegen die Sozialdemokratie“. Weicht diese Parole das Lösungswort des Blocks, dann können wir mit Sicherheit sagen, dass dieser Kampf ebenso enden wird, wie die früheren Kämpfe, nämlich mit einem Siege der Sozialdemokratie!

Vom Parteitag überwiesene Anträge.

Der Mannheimer Parteitag hat dem Parteivorstand eine Anzahl von Anträgen überwiesen, die wie folgt erledigt werden.

Mehrere Anträge verlangten, dass die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werde. Den Anträgen ist entsprochen worden. Nach den Anträgen 120, 122 und 123 sollten die Landarbeiterfrage und das Wahlrecht in den Einzelstaaten auf dem bevorstehenden Parteitage erörtert werden. Diesen Anträgen haben wir uns nicht angeschlossen. Die Wahlrechtsreformen sind in den drei großen süddeutschen Bundesstaaten eben abgeschlossen. In Sachsen und Hessen haben sich vor kurzem die Landesparteitage mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und die preussischen Genossen werden sich auf ihrem Landesparteitage ebenfalls mit der Frage beschäftigen. Es erschien uns deshalb nicht zweckmäßig, diese Frage nun auch noch als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Essener Parteitages zu setzen. Die Landarbeiterfrage ist wohl sehr wichtig, aber doch nicht so brennend, dass ihre Erörterung schon auf dem kommenden Parteitag notwendig wäre. Wir glauben deshalb, diesen Punkt vorläufig zurückstellen zu können, zumal die Tagesordnung ohnehin schon sehr belastet ist.

Der Antrag 45 verlangt, dass alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen nach dem stenographischen Bericht in Vorschlägenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abgegeben werden sollen. Der

Parteivorstand hat dem Antrag insofern zugestimmt, als er bei wichtigen Verhandlungen Berichte bezug den Wortlaut der Reden in Form von Vorschlägen, Flugschriften oder Flugblätter herauszugeben und den Parteioptionen möglichst billig zur Verfügung stellen will.

Der vom Parteitag eingeschickte Bildungsausschuss soll gemäß dem Beschlusse des Parteitages gemeinsam mit Kontrollkommission und Parteivorstand ernannt werden. In der gemeinsamen Sitzung am 7. November wurden die Genossen David-Rain, Heilmann-Berlin, Korn-Kiel, Wehring-Leipzig, Schulz-Bremen, Wollmar-München und Kira-Zettin-Stuttgart gewählt. Zum Geschäftsführer des Bildungsausschusses wurde Genosse Schulz bestimmt. Der Tätigkeitsbericht des Bildungsausschusses ist diesem Bericht angehängt.

Der Parteitag hatte weiter beschlossen, dass die Referate über Sozialdemokratie und Volkserziehung und Strafrecht und Strafvolk als Vorschläge zur Massenverbreitung herausgegeben werden sollten. Infolge der Reichstagswahlen und der dadurch geschaffenen politischen Situation machte sich indes die Verbreitung der Berichte einiger wichtiger Reichstagsverhandlungen notwendig, wodurch die Ausführung dieser Beschlüsse verzögert wurde. Das Referat des Genossen Schulz ist vor kurzem als Vorschlag unter dem Titel Sozialdemokratie und Schule erschienen.

Endlich hat der Parteitag bezüglich der Frage der Lokalorganisierten Gewerkschaften den Parteivorstand beauftragt, bis zum nächsten Parteitag den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Resolution des Rübener Parteitages zu regeln. Im Einverständnis mit der Generalkommission haben wir am 28. März bei der Geschäftskommission der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften angefragt, ob sie bereit sei, mit uns auf Grundlage des Mannheimer Beschlusses in Verhandlungen einzutreten. Die Geschäftskommission antwortete, dass sie sich zu solcher Verhandlung nicht autorisiert halte; sie werde aber diesbezüglich bei allen ihr angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Umfrage veranstalten. In Betracht kommen 12 Zentralorganisationen und 18 lokale Organisationen. In der Umfrage wurden den Organisationen folgende Fragen vorgelegt:

1. Soll die Geschäftskommission im Sinne des Parteivorstandsberichts überhaupt in Verhandlungen eintreten?
2. Ist in eurer Organisation Meinung vorhanden, sich mit dem zuständigen Zentralverbande zu verschmelzen?
3. Werdet ihr unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen treten, die den Anschluss eurer Organisation an die Zentralverbände bezwecken?

Am 31. Mai teilte uns die Geschäftskommission das Ergebnis dieser Umfrage mit. Die Frage 1 wurde von 6 Organisationen mit Ja beantwortet, von einer nur bedingungsweise; eine überlässt der Geschäftskommission, eine weitere wollte erst Stellung nehmen. Die Fragen 2 und 3 wurden von 2 Organisationen bejaht. Im Schlusse ihres Schreibens bemerkte die Geschäfts-

„Indem wir dem Parteivorstand dieses Resultat unterbreiten, stellen wir zu gleicher Zeit anheim, die Schlüsse selber ziehen und nach eigenem Ermessen handeln zu wollen.“

Deutlicher erklärte sich die Geschäftskommission in einem Artikel in Nr. 26 der Einigkeit vom 29. Juni. Es wurde darin die mit uns in der Sache geführte Korrespondenz veröffentlicht und am Schlusse folgendes bemerkt:

„Für uns ist diese Angelegenheit offensichtlich bis zum 31. Kongress erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Einigungsversuche usw. von außen her die Fortentwicklung der Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften fördern und schädigen zu lassen und dabei noch selber mitzugreifen. Wenn das Programm und die Anschauungen, die in der Freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht paßt und wer befriedigt um des lieben Friedens und anderer Gründe willen in die reformerischen Zentralverbände, die sich der Protektion der sozialdemokratischen Partei und deren gesamten Vorstände, einschließlich der Kontrollkommission, erstreuen, unterkriegen will, der mag gehen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse des 7. Kongresses, trotz Lübeck, Mannheim und trotz Essen. Mit solidarischen Gruß! Für die Geschäftskommission: Fröh-Kater.“

Wir hielten es für zweckmäßig, trotzdem noch einen weiteren Versuch zu unternehmen und wandten uns in einem Schreiben direkt an sämtliche der Geschäftskommission angeschlossene Organisationen. In diesem Schreiben haben wir unter Hinweis auf die durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschafts-Organisationen dringend ersucht, noch einmal die in Frage kommenden Parteitagbeschlüsse ernstlich in Erwägung zu ziehen und uns mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Das Ergebnis dieser Umfrage lag bei der Abfassung dieses Berichts noch nicht abgeschlossen vor.

Organisation.

Die Parteioptionen hat im letzten Jahre einen glänzenden Aufschwung genommen. Das Wort von der „niedergerittenen“ Sozialdemokratie konnte nicht besser abgetan werden, als es durch die mächtige Entfaltung unserer Kampforganisationen geschehen ist. Stellt man die Mitgliederzahl von diesem Jahre in Vergleich zu der vorjährigen, so ergibt sich:

1907 Mitgliederzahl 530 466
1908 Mitgliederzahl 884 327
Zunahme 146 139

Das ist eine Zunahme von 30,8 Proz. Ein schönes Zeugnis für den Fleiß und die Energie unserer Parteigenossen. Nach den Berichten der Bezirks- und Landesorgani-

tionen ist die Partei zurzeit zu 13 Reichstagswahlkreisen ohne organisatorische Verbindung. Es entfallen davon auf die Agitationsbezirke Breslau 3 Wahlkreise, Ostpreußen, Köln, Oberlangensielau, Posen je 2, Wiefeld, Meck je 1.

In 46 Wahlkreisen haben wir Vertrauensmänner, aber noch keine Vereinsorganisationen. Von diesen Wahlkreisen entfallen auf die Agitationsbezirke: Posen 8 Wahlkreise, Wiefeld 8, Ostpreußen 6, Westpreußen, Köln je 4, Breslau, Kattowitz, Meck je 3, Oberlangensielau, Elberfeld je 2, Magdeburg, Dortmund und Nordbavarn je 1.

In den 17 Wahlkreisen, die dem Agitationsbezirk Südbavarn unterliegen, ist die Kreisorganisation noch nicht durchgeführt. Ueber den Mitgliederstand in diesen Kreisen hat uns die Bezirksleitung Angaben gemacht. Die Kreisorganisation soll in nächster Zeit durchgeführt werden. In den 7 mecklenburgischen Wahlkreisen ist aus vereinsgesellschaftlichen Gründen eine geschlossene Organisation nicht möglich.

Von den verbleibenden 314 Wahlkreisen haben uns 292 über die Organisationsverhältnisse berichtet. Trotz mehrfacher bringender Mahnungen waren von den übrigen Wahlkreisen bis zum äußersten Termin Angaben nicht zu erlangen. Im vorigen Jahre hatten 16 von diesen Wahlkreisen Angaben über den Mitgliederstand gemacht. Um einen Vergleich des Mitgliederstandes mit dem des Vorjahres zu ermöglichen, haben wir für diese Wahlkreise die vorjährige Mitgliederzahl auch in diesem Jahre eingestellt. In 8 von den 292 Wahlkreisen, die berichtet haben, ist die Kreisorganisation noch nicht durchgeführt.

Ueber die Mitgliederzahl in den einzelnen Agitationsbezirken, die Mitgliederzunahme, die Zahl der Ortsvereine und die Zahl der Bezirkssekretäre gibt eine dem gedruckten Bericht beigegebene Tabelle Aufschluss. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 10 943. Die Agitationsbezirke sind daran wie folgt beteiligt:

Hamburg	2881
Leipzig	2863
Dresden	1893
Bremen	589
Jena	578
Chemnitz	507
Weimar	407
Baden	401
Mülhausen	384
Lübeck	152
Altenburg	130
Württemberg	120
Sachsen-Meiningen	85

Im Einvernehmen mit den Organisationsleitungen haben wir im letzten Jahre für 7 weitere Bezirke beim Landesorganisationsrat Parteisekretäre ange stellt, und zwar für: Westpreußen Crispian-Danzig; Breslau Scholisch-Breslau; Magdeburg Weim; Magdeburg; Wiefeld Klingenberg-Wiefeld; Braunschweig Antrid-Braunschweig. Die neu geschaffenen Sekretärstellen für Oldenburg und Elfa-Lothringen sind zurzeit noch nicht besetzt. Im ganzen sind bis jetzt in 33 Agitationsbezirken Parteisekretäre tätig.

Die Organisationen der größeren Wahlkreise geben auch immer mehr dazu über, zur Führung ihrer Geschäfte Sekretäre anzustellen. Zurzeit haben folgende Wahlkreise Sekretäre ange stellt: Breslau-Cst und West-Magdeburg, Adersleben-Galbe, Halle, Finneberg, Hannover, Wiefeld, Dortmund, Bochum, Köln, Elberfeld, Düsseldorf, Essen, Wülheim a. Rh., Erfeld, Hagen, Frankfurt a. M., Nürnberg, Erlangen-Fürth, Würzburg, Dresden-Land, Mannheim, Offenbach-Darmstadt, Dessau, Bremen je einen, Teltow-Beeskow, Berlin IV je zwei.

Ueber die Beitragsleistung der Mitglieder haben 285 Wahlkreise Angaben gemacht. Davon erheben 25 einen einheitlichen Beitrag. In 27 Wahlkreisen ist die Beitragshöhe abgestuft. Es handelt sich da in der Regel um Wahlkreise, die von den in den Randorten wohnenden Mitgliedern einen geringeren Beitrag erheben, als von den in den Städten wohnenden. Auch von den weiblichen Mitgliedern wird in der Regel ein geringerer Beitrag erhoben; meistens beträgt er die Hälfte von dem der männlichen Mitglieder.

In letzter Zeit ist in einer erheblichen Anzahl von Wahlkreisen der Mitgliederbeitrag erhöht worden. Bei den gesteigerten großen Anforderungen, die der Kampf an die Partei stellt, ist dies sehr zu begrüßen. Die mit dem 1. Juli in Kraft getretenen Beitragsverhö rungen sind in unserer Aufstellung berücksichtigt worden.

Im März hat eine Konferenz der Sekretäre stattgefunden, auf der man sich mit Fragen der Organisation und Agitation beschäftigte. Der Verlauf der Konferenz war recht befriedigend. Die Anregungen, die sich aus der dort geführten Aussprache ergaben, sind später bei der Agitationsarbeit nutzbar gemacht worden.

Schiedsgerichte gemäß § 27 des Organisationsstatuts wurden wir in 49 Fällen berufen. Die Ausschlußanträge wurden von den Schiedsgerichten in 16 Fällen abgelehnt, in 6 Fällen konnte der Streit durch Vergleich erledigt werden und in 13 Fällen erklärten die Angeklagten vor Zusammentritt der Schiedsgerichte ihren Austritt aus der Partei oder unterließen die Ernennung von Schiedsgerichtsmitgliedern. Der Ausschluß der Angeklagten aus der Partei erfolgte in 14 Fällen. Soweit diese Urteile für die Partei allgemeines Interesse haben, sind sie in der Parteipresse veröffentlicht worden, so daß sich hier deren Besprechung erübrigt. Wir müssen aber, ebenso wie im vorjährigen Bericht, den Parteigenossen dringend empfehlen, bei der Stellung von Ausschlußanträgen gegen Genossen vorichtig zu sein, d. h. nur dann die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Organisationsstatuts gegeben und ausreichende Beweismittel vorhanden sind.

Agitation.

Anfang Oktober beschloß der Parteivorstand, die Reichstagsaktion zu erfassen, beim Wiederauftritt des Reichstags die Regierung wegen der Preispolitik zu interpellieren. Zugleich wurden die Organisationsleitungen ersucht, mit einer entsprechenden Agitation durch Flugblattverbreitung und Abhaltung von Massenversammlungen der Aktion zu Hilfe zu kommen. Ein von uns herausgegebenes Flugblatt wurde im Reiche in einer Auflage von circa 3 Millionen verbreitet; einer großen Anzahl von Kreisen wurde es unentgeltlich geliefert.

Gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften wurde zu Anfang November eine umfassende Agitation für den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Seimarbeiterchutz-Gesetzentwurf eingeleitet. Unter den Seimarbeitern und Arbeiterinnen wurde ein Flugblatt verbreitet und im Anschluß hieran fanden in den Bezirken mit Seimarbeiter Versammlungen statt, in denen man sich mit dem Seimarbeiterchutz beschäftigte. Die dort beschlossenen Resolutionen wurden dem Reichstage zur Kenntnis gebracht. Die in Aussicht stehende Beratung des Gesetzentwurfes ist jedoch durch die Reichstagsauflösung vereitelt worden. Wann der neue Reichstag sich mit dem so dringend notwendigen Seimarbeiter- und Arbeiterinnenbeschäftigungsgesetz beschaffen wird, steht dahin. Bisher hat er in seiner „nationalen Begeisterung“ dazu noch keine Zeit gefunden.

Nach den Reichstagswahlen wurden auf unsere Veranlassung die stenographischen Berichte des Reichstags, in denen über den Reichshaushalt und über die Interpellationen wegen der Wahlmagnitionen der Regierung verhandelt worden war, von der Buchhandlung Vorwärts als Agitationsbroschüren herausgegeben. Außerdem sind noch die einzelnen Reden unserer Genossen als Flugblätter zur Massenverbreitung erschienen. Die Rede des Genossen Wiskard bischof vom 16. März wurde noch besonders als vierseitiges Flugblatt herausgegeben, das unter dem Titel „Der Wahlwindel vor dem Reichstage“ in einer Auflage von 237 000 Exemplaren im Reiche verbreitet worden ist.

Nach der Vertagung des Reichstags haben wir den Genossen die Verbreitung des von uns herausgegebenen Flugblattes: „Müchlik und Kauslik. Ein Wort an das deutsche Volk“, empfohlen.

Zur regelmäßigen Agitation wurde den Genossen, die darum nachsuchten, in weitgehendem Maße Material zur Verfügung gestellt.

Neue Agitationschriften, die als Flugblätter zur Massenverbreitung Verwendung finden sollen, werden in nächster Zeit erscheinen. Sie sollen sich mit der Stellung der Partei zu einzelnen wichtigen Fragen beschäftigen, so z. B. zur Arbeiterversicherung, zum Arbeiterschutz und zur sozialen Reform; zur kapitalistischen Wirtschaft; zur Schule, Wissenschaft und Kunst; zum wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Proletariat und zu ähnlichen Fragen.

Agitationskalender wurden auch in diesem Jahre wieder für mehrere Agitationsbezirke von uns geliefert, aber es sind doch die Herstellungskosten von uns getragen worden. So für Ost- und Westpreußen, Mecklenburg, Pommern, Oden-Wassau, und den Bezirk Oberlangensielau.

Zur Förderung der Weiterbildung der Genossen haben wir solchen Parteien kleine Bibliotheken geliefert, die sich aus eigenen Mitteln eine Bibliothek nicht beschaffen konnten. Solche Bibliotheken wurden an 64 Orte abgegeben. — Die im vorjährigen Bericht schon angekündigte Abteilung zum Selbststudium der Genossen befindet sich im Druck.

Den schwächeren Agitationsbezirken wird zur Agitation regelmäßige finanzielle Hilfe gewährt, die, wie der Massenbericht zeigt, zum Teil sehr hoch ist.

Ein Handbuch zum Gebrauche für unsere Agitatoren: „Die Wahlfragen der bürgerlichen Parteien“, ist in der Presse. Darin werden auf Grund des gegenwärtigen Materials die immer wiederkehrenden Belandungen der Partei und deren Vertreter übersichtlich zusammengestellt und zurückgewiesen. — Die Zusammenstellung der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage seit dessen Bestehen eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe erfordert eine recht umfangreiche Arbeit. In nächster Zeit wird aber auch dieses Werk erscheinen.

Die Partei-Korrespondenz ist zu einem wichtigen Hilfsmittel in der Agitation geworden. Sie erscheint in einer Auflage von circa 8000 und wird unseren Rednern, den Reichstags- und Landtagsabgeordneten, den Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspresse und den Organisationsleitungen regelmäßig zugeföhrt. Es erhalten also alle Genossen, die leitend in die Agitation eingreifen, die Partei-Korrespondenz. Da diese lediglich eine Materialienquelle für unsere Agitatoren sein soll, konnten weitgehende Wünsche, die übrigens nur ganz vereinzelt geltend gemacht wurden, nicht berücksichtigt werden. Die Redaktion hat bestrebt, den Bedürfnissen der Genossen in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. An Stelle des Genossen Grumwald, der nur vorübergehend in die Redaktion eingetreten war, ist Genosse D. Stüdlin getreten.

Die Reichstagswahlen.

Die Sozialdemokratie hat die kapitalistische Kolonialpolitik des Reiches, die naturgemäß auf die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker hinauslaufen muß, von Anfang an bekämpft. Die grundsätzliche Ablehnung dieser Politik hat die Partei auch bei den Verhandlungen über die von der Regierung beantragten Nachtragsforderungen für Südwestafrika klar und rückhaltlos zum Ausdruck gebracht.

Das Zentrum besaßte bei diesen Beratungen seine alte zweipolige Politik. Es wollte von den beantragten 20 Millionen nur 20 Millionen bewilligen, um sich einzeln beim Volke als Oppositionspartei in Erinnerung zu bringen und andererseits der Regierung zu zeigen, wie unentbehrlich es für sie ist. Der Zusammenstoß Koerens mit der Regierung wegen des Falles Wituba und die dabei erfolgte Bloßstellung des Zentrums erschweren diesem jedoch den üblichen Rückzug. Als in der Budgetkommission sein Antrag, die Schutztruppe in Südwestafrika vom 1. April ab auf 2500 Mann herabzusetzen, abgelehnt worden war, stimmte es bei der zweiten Beratung im Plenum neben den Sozialdemokraten und gemeinsam mit den Welfen und Polen gegen die Regierungsforderung, so daß diese fiel.

Ebenso fiel der Vermittlungsvorschlag Abich, der nur eine verhängnisvolle Formulierung der Regierungsforderung war. Die Freisinnige Volkspartei, die jahrzehntelang und noch wenige Wochen vor diesem Konflikt die Kolonialpolitik der Regierung bekämpft hatte, schwankte bei dieser Abstimmung in das Lager der Kolonialpatrioten. Dieser Verrat der Freisinnigen war um so schmerzlicher, als Wülow kurz zuvor dem Reichstag sein Mitbestimmungsrecht bei den Operationen in Südwestafrika bestritten und ganz unerbötlich die Selbstherrlichkeit für seine imperialistische Politik proklamiert hatte.

Bei der Auflösung des Reichstags hatte es Wülow auffällig eilig. Er wartete damit nicht einmal bis zur dritten Lesung, bis zu der, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, eine Verständigung mit dem Zentrum

leicht herbeizuföhren gewesen wäre, sondern er löste den Reichstag gleich nach der Abstimmung in der zweiten Lesung auf. Seitdem über das Schreiben der Nebenregierung von Eulenburg und Konforten in Liebenburg Licht verbreitet worden ist, ist allerdings auch klar geworden, daß es mit dieser Eile Wülow's eine ganz besondere Bewandnis gehabt hat: Wülow wollte sich wohl als starker Mann zeigen, um der Hofmancilla nicht zum Opfer zu fallen!

Am 16. Dezember erschien im Vorwärts der Aufruf unserer früheren Fraktion. Darin wurde eindringlich auf den Ernst der Situation hingewiesen, die durch die Reichstagsauflösung geschaffene politische Lage scharf skizziert und die Haltung unserer Partei zu den wichtigsten Fragen der Reichspolitik präzisiert.

Im Anschluß an den Aufruf forderte der Parteivorstand die Parteigenossen auf, ungeföhmt die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen. In einem an die Parteiorganisationen gerichteten Zirkular wurden darauf begünstigende Umgebende Winke und Anweisungen gegeben.

Die Leitungen unserer Bezirke bzw. Landesorganisationen übernahmen für die ihnen angegliederten Wahlkreise die Funktion der Zentralwahlkomitees, eine Einrichtung, die sich auch bei diesem Wahlkampf gut bewährt hat.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler erschien in einer Auflage von 6000 Exemplaren und kam bereits am 1. Januar zum Versand; 6000 Exemplare wurden an die Parteigenossen gratis abgegeben. Bei der Kürze der Zeit, die für die Herstellung des Handbuchs zur Verfügung stand, konnte es nicht in so großem Umfange wie früher erscheinen. Es enthielt aber viele Hinweise auf sonstiges leicht zu erlangendes Material, so daß es seinem Zweck voll genügt haben dürfte.

Zur Orientierung der Parteifunktionäre über die wahlgesetzliche Materie wurde das kleine Heftchen Winke zur Reichstagswahl in einer Auflage von 78 000 Exemplaren herausgegeben; gratis abgegeben wurden davon 18 000 Exemplare.

Zur Hauptwahl wurden zehn Musterflugblätter herausgegeben. Zum Teil richteten sie sich gegen die verschiedenen gegenwärtigen Parteien, zum Teil wandten sie sich an bestimmte Arbeiterschichten, z. B. an die Eisenbahner, Landarbeiter und polnischen Arbeiter; in einem Flugblatt wurde besonders die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik behandelt. Für eine Anzahl von Wahlkreisen wurden die Flugblätter in einer Gesamtauflage von etwa 1 Million auf unsere Kosten in der Vorwärts-Druckerei hergestellt.

Dem großen Verlangen nach rednerischen Kräften konnten wir zur Hauptwahl nur in geringem Maße geftöhrt werden. Zur Stichwahl waren wir in der Lage, für 66 Versammlungen Redner zu beschaffen.

Die allgemeine Situation war zur Zeit der Reichstagsauflösung für die Regierung günstiger als vielfach in der Partei angenommen wurde. Inbühne und Kanzel standen im Zeichen der Prosperität, dadurch wurden die Wirkungen der durch die agrarische Zoll- und Abfertigungspolitik hervorgerufenen Teuerung abgeschwächt. Die letzte Ernte war eine besonders gute gewesen, so daß trotz der hohen Kornpreise die Getreidepreise nicht erheblich gestiegen waren.

Wahl fanden die Fleischpreise recht hoch; dieser Preisstand brachte aber andererseits auch den kleinen Bauern, die einen großen Teil ihres Einkommens aus der Viehzucht, besonders der Schweinezucht ziehen, einen augenblicklichen Vorteil. Die Verlegung des Wahlkampfes in den Winter hat unseren Gegnern deshalb noch besonders zu statten. Weiter kam hinzu, daß seit den letzten allgemeinen Wahlen die Klassenunterschiede sich sehr verschärft hatten. Die erfreuliche Erhaltung der Gewerkschaften und das Aufblühen der Arbeiterkonsumvereine hatten weite Kreise des politisch-aktiven Kleinbürgerums an die Seite der Schachtmacher und der reaktionären „Mittelstandstreter“ geführt. Ferner war durch unsere Wahlrechtsdemonstrationen, durch unsere Stellung zum politischen Massenstreik und zur russischen Revolution der Haß und die Erbitterung der Bourgeoisie aller Parteien gegen die Politik des Klassenbewußten Proletariats aufs höchste gesteigert worden.

In dieser Situation fiel es Wülow nicht schwer, die von ihm so oft empfohlene Einigung der bürgerlichen Parteien, zu der man für 1908 bereits alle Vorbereitungen getroffen hatte, nun schamlos herbeizuföhren; allerdings unter Ausschluß des Zentrums. In seinem Silvesterbrief rief Wülow dem Liberalismus, mehr und mehr seinem „negativen Doktrinarismus“ und der „Aberkehrung der Prinzipien“ zu entsagen; der Gegenpaß zwischen den Parteien der Rechten und der bürgerlichen Linken, der bisher in wirtschaftlichen Fragen bestanden habe, müsse überbrückt werden, zumal der Lebensmittelwucher auf „ein Jahrzehnt hinaus gesichert“ sei. Der Abneigung des Liberalismus gegen jede ernste Sozialpolitik sollte offenbar mit dem Hinweis gebient werden, daß „kein Einzel für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse mehr getan habe, als das deutsche Reich“. „Gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum!“ lautete Wülow's Wahlparole.

In einer ganzen Anzahl von Kreisen verzichtete der Freisinn zugunsten der Reaktion auf eigene Kandidaten, so daß wir schon bei den Hauptwahlen vielfach einer geschlossenen reaktionären Masse gegenüberstanden.

Der Wahlkampf, der, je mehr er sich entwickelte, sich immer mehr gegen die Sozialdemokratie konzentrierte, ist von unseren Gegnern in der schamlosesten Weise geführt worden, und man hat ihn daher mit Recht mit dem der Faschingswahlen im Jahre 1887 verglichen. Der ganze amtliche Apparat ist in den Dienst des Regierungsblochs gestellt worden. Dernburg hielt vor Professoren, Industriellen und Wöhrmannen Wahlreden und Wülow spielte den finanziellen Helfer für die Wladpartei.

Im Auftrage „der Wilhelmstraße“ sind vom Generallstab Flugblätter und Broschüren verfaßt und gedruckt worden. Generallmajor Reim schrieb in einem seiner bekannten Briefe, daß im Auftrage der Reichsregierung 15 Millionen Flugblätter verfaßt und von der Reichsregierung bezahlt worden seien.

In direkter Verbindung mit dem amtlichen Wahlapparat stand der angeblich unpolitische Plattenverein, dessen Wahluntrieb durch die Veröffentlichung des Briefwechsels, den der Vorstand des Plattenvereins mit dem Reichsminister und einer Anzahl Wladpolitiker geführt hatte, bekannt wurden. Nach seinen eigenen Angaben hat der Plattenverein etwa 20 Millionen Stück Flugblätter und Broschüren verbreiten lassen, auch wurde festgestellt, daß der Plattenverein zu seinen eigenen erheblichen Mitteln auch noch durch Vermittelung des Reichslandgerates Gelder für seine „nationale“ Wahlmachere erhalten hat. Vom Oberkommando der Schutztruppe wurden für die Wahlarbeit des Plattenvereins sogar Offiziere, Ordnungen, Knechtsteden usw. abkommandiert. Der Hauptmann Salzer, der für den Plattenverein als Redner tätig war, schrieb in einem Brief vom 25. Januar unter anderem: „Ich habe mich dem Plattenverein nur auf ausdrücklichen Wunsch des Oberkommandos zur Verfügung gestellt.“

An finanziellen Mitteln mangelte es unseren Gegnern in diesem Wahlkampf nicht. Die Großindu-

striellen hatten sich verpflichtet, pro Kopf des beschäftigten Arbeiters 1 Mk. zu zahlen, und auch von den Vertretern des Bank- und Börsenkapitals sind große Summen gespendet worden. Sie wußten sehr wohl, daß ihre Interessen mit dem Wahlkampf in engem Zusammenhang standen.

Dem Reichstagenverband soll nach seinem Berichte über die Tätigkeit bei den Reichstagswahlen, die Reichstagsauflösung nicht ganz unerwartet gekommen sein. Seine berüchtigte Korrespondenz, die bis dahin wöchentlich erschien und von 1275 Zeitungen benutzt wurde, hat er während der Wahlbewegung in 16 Nummern erscheinen lassen. Den 50 Flugblättern gegen die Sozialdemokratie, die der Reichsverband schon vor den Wahlen auf Lager hielt, wurden noch weitere 22 hinzugefügt. In all diesen reichsverbändlerischen Subletten wird konsequent und raffiniert die Methode befolgt, mit perfider, persönlicher Verunglimpfung bekannter Sozialdemokraten und mit der Verfälschung von Zeugnissen solcher Genossen bei den Arbeitern das Vertrauen zur Sozialdemokratie und ihren Führern zu zerstören. Diese politische Brunnengiftung, mit der sich die Regierung durch Wülow's Silvesterbrief einberhanden erklärt hat, hat sogar Widerpruch bei einigen bürgerlichen Politikern hervorgerufen.

Liebert und Genossen können für die Methode des Reichsverbandes übrigens nicht einmal die geistige Nachschafft beanspruchen; sie ist vielmehr lediglich eine Nachahmung der Methode, die von der M. G. I. a. b. a. c. h. r. Jesuiten Schule schon bei früheren Wahlkämpfen praktiziert worden ist. Nachdem der gelehrige Jesuitenschüler Liebert von Wülow als Wahlmacher legitimiert worden war, besam diese Methode offiziellen Charakter und wurde von den bürgerlichen Parteien überall dort befolgt, wo die Sozialdemokratie ernstlich in Frage kam.

Die „nationale Wahlparole“ wurde von den Kolonialdemagogen in der strapalosesten Weise zur Aufpeisung der nationalen Intimität ausgenutzt. Mit Vorliebe versuchten unsere Gegner die Wähler auch mit dem angeblichen „Terrorismus der Genossen“ grolllich zu machen, wozu in der Regel aus den Fingern gefogene Mäusergeschichten herhalten mußten.

Dagegen haben aber gerade bei der letzten Wahl unsere Gegner ihre ökonomische Macht in der brutalsten Weise zur Terrorisierung der Wähler ausgenutzt. Charakteristisch ist hierfür das Vorgehen der nationalliberalen Schachtmacher im Saargebiet.

Auch in den Zentrumsdomänen — wo gegen uns nach der M. G. I. a. b. a. c. h. r. Methode gearbeitet wurde, die, wie schon herorgehoben, für die des Reichsverbandes Vorbildlich war — ist offen und verheißt in Reden, Vorträgen und Zeitungsnotizen zu Gewalttätigkeiten gegen unsere Flugblattverbreiter aufgefordert worden.

Daß infolge eines solchen, von allen Seiten mit nie zuvor erreichter Heftigkeit geföhrt Wahlkampfes die Wahlbeteiligung eine besonders hohe sein mußte, ist nicht weiter verwunderlich. Die Ziffern der Wahlbeteiligung übertrafen die aller früheren Wahlen. Von 13 350 698 Wahlberechtigten haben 11 303 483 Wähler bei der Hauptwahl ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug danach 84,7 Prozent gegen 76,1 Prozent im Jahre 1903.

Bei den Hauptwahlen erlangte die Partei 29 Mandate, gegen 56 im Jahre 1903. An den Stichwahlen waren wir in 90 Wahlkreisen beteiligt, gegen 118 im Jahre 1903. Mandate erlangen wir bei den Stichwahlen noch 14, so daß die Stärke der Reichstagsfraktion 43 gegen 81 im Jahre 1908 beträgt.

Die Partei verlor: Königsberg, Brandenburg, Frankfurt a. O. (allerdings bereits in einer Nachwahl 1904 schon), Randow, Stettin, Breslau-Ost, Breslau-West, Reichensbach i. Schlef., Magdeburg, Halle, Jena, Jülich, Otfens, Lauenburg, Frankfurt a. M., Lempe, Elberfeld, Mündchen I., Jülich, Lübau, Dresden, Müchlik, Meisen, Birna, Döbeln, Freiberg, Otfah, Leipzig-Stadt, Borna, Jßhopau, Annaberg, Kirchberg, Klauen, Wöblingen, Eßlingen, Göppingen, Darmstadt, Rostock, Weimar, Braunfchwieg, Sonneberg, Altenburg (bereits in der Nachwahl 1904), Wötho, Nordstfadt, Neuh. J. L., Neuh. a. L., Bremen. — Bekauptet hat die Sozialdemokratie die übrigen 35 Kreise. Neugewonnen wurden 8, nämlich: Strahburg i. E., Müchhausen i. E., Offenbach, Bamau, Wiesbaden, Höchst, Duisburg und Bielefeld.

In 19 von den 38 Wahlkreisen, die wir verloren haben, hatten wir einen Stimmenzuwachs, der teilweise sogar recht erheblich war. So wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

Wahlkreis	1903	1907
Frankfurt a. M.	20 178	28 869
Magdeburg	20 871	24 258
Königsberg i. Pr.	14 042	17 821
Göppingen	8 930	11 700
Bremen	25 076	27 362
Breslau-West	17 545	19 650
Eßlingen	10 168	12 256
Altena-Nerloh	10 146	12 129
Breslau-Ost	14 831	16 591
Halle a. E.	20 489	21 941
Stettin	13 111	14 528
Elberfeld-Barmen	27 066	28 256

Dem Verlust der Mandate steht eine erhebliche Zunahme der Stimmengahl gegenüber. Für die Sozialdemokraten wurden bei den Hauptwahlen Stimmen abgegeben:

1907	3 259 020
1903	3 010 771

Zunahme 248 249 = 8,2 Proz.

Von allen Wahlberechtigten haben 24,4 Prozent der Wahlberechtigten für uns gestimmt, gegen 24,0 Prozent im Jahre 1903.

Will man die Stimmengzunahme mit denen anderer Wahlperioden vergleichen, so ergibt sich einfache Unter- und Nebeneinanderstellen der Ziffern kein richtiges Bild. Denn der Gewinn an Stimmen ist nicht nur eine Frucht der Wahlagitiation, sondern in erster Linie der Erfolg der Arbeit, die in dem Zeitraum geleistet wurde, der zwischen den Wahlen liegt. Die zwischen den Wahlen liegenden Zeitschnitte sind aber von sehr verschiedener Dauer. So lag z. B. zwischen den Jahren 1890 und 1903 ein Zeitraum von 28 Monaten und den beiden folgenden Perioden ein Zeitraum von 80 Monaten. Dann wieder zwischen 1903 und 1907 ein Zeitraum von 43 Monaten. Unsere Stimmengzunahme ist aber auch erheblichen Schwankungen unterworfen, die durch die politischen Ereignisse der abgelaufenen Perioden hervorgerufen werden. Besondere Steigerungen traten immer dann ein, wenn die Angriffe auf die Arbeiterklasse besonders heftig waren und die Beutegier der Herrschenden recht hoch hervortrat. So war z. B. in der Periode 1887/90 die schlimmste Zeit der Putzameri. In derselben Periode wurden die Vranntweinsteuern erhoben und der Zoll für Prozegete von 8 Mk. auf 5 Mk. erhöht. In der Zeit von 1895/1903 kam der Judthausgesetzentwurf und der Wudertarif; dazu kamen uns besonders in Sachsen noch mehrere landespolitische Vorkommnisse zur Hilfe.

Wie sehr die Sozialdemokratie infolge der ungerechten

Wahlreizeinstellung benachteiligt wird, tritt deutlich zutage, wenn man die den einzelnen Parteien zugewiesenen Mandate mit der erzielten Stimmengahl vergleicht.

Parteien	Bei den Hauptwahlen abgegebene Stimmen	Zugewiesene Mandate
Sozialdemokratie	3 259 020	43
Zentrum	2 179 748	105
Nationalliberale	1 687 048	85
Deutscher-Konfervative	1 080 209	61
Freisinnige Volkspartei	738 009	38
Reichspartei	471 868	24
Polen	433 838	24
Freisinnige Vereinigung	289 320	14
Deutsche Reformpartei	248 584	14
Wirtschaftliche Vereinigung	223 996	11
Deutsche Volkspartei	188 607	9
Andere Parteien	292 851	7
Unbestimmt	194 202	16
Zerpföhrt	8 018	—
	11 922 775	307

Von einem gleichen Wahlfrecht kann danach nicht mehr geredet werden.

Das Wahlergebnis ist in der Parteipresse und in den Parteiverfammlungen eingehend besprochen worden. Abgesehen von den voreiligen und vorlauten Kritiken, die mehrere Genossen sofort nach den Wahlen in einem außerhalb der Partei stehenden Blättern veröffentlichten, die indes fast einmütigen Widerspruch bei den Parteigenossen fanden, stimmte die Partei in der Würdigung des Wahlergebnisses im wesentlichen überein mit der Auffassung, die der Parteivorstand in einem Aufruf „Die Partei“ vom 9. Februar niedergelegt hat.

So sehr auch der Wahlausfall von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bejubelt wurde, Niederlage geföhnt oder gar Entmutigung hat er in unseren Reihen nicht erzeugt. Unsere Genossen beklundeten vielmehr überall ungeföhntesten Kampfesmut. Unmittelbar nach der Wahl ist fast allortorts eine lebhaft und sehr energiegelagte Agitation zur Stärkung der Organisation und Gewinnung neuer Leser für die Parteipresse entfalt worden.

Bei der mündlichen Agitation muß allerdings beachtet werden, daß der Mangel an Versammlungsalen noch immer recht groß ist, und daß schon deshalb der Wirkung dieser Agitation verhältnismäßig enge Grenzen gezogen sind. Abgesehen von Südbayern, wo durch den Angaben nicht vorliegen, stehen uns in 50 Wahlkreisen Versammlungslokale überhaupt nicht zur Verfügung. Davon entfallen auf die sächsischen Provinzen 30 Kreise auf die westlichen 9 und auf Mitteldeutschland 11. In vielen anderen Kreisen wird über Lokalmangel geklagt, verursacht durch den von Gegnern und Behörden an die Lokalinhhaber ausgeübten Druck.

In der schriftlichen Agitation ist großes geleistet worden. Die Gesamtauflage der im Reiche von unserer Partei verbreiteten Flugblätter beträgt sich auf etwa 55,5 Millionen.

Der Wahlkampf hat im ganzen Reiche eine Gesamtausgabe von rund 1 570 000 Mk. erfordert, wovon 412 118,29 Mk. von der Zentralkasse getragen worden sind. Von der letzteren Summe sind 393 840,49 Mk. im Bezirks- bzw. Landesorganisationsamt als Zuschuß gewährt worden, der sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt verteilt:

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise	Zuschuß von der Zentralkasse
Ostpreußen	17	16 000
Westpreußen	13	10 000
Groß-Berlin	8	—
Brandenburg	18	20 000
Pommern	14	12 000
Polen	15	6 188,80
Schlesien (Breslau)	15	11 312,70
„ (Wörlitz)	7	7 800
„ (Oberlangensielau)	7	8 000
„ (Rattowitz)	6	8 000
Prov. Sachsen (Magdeburg)	8	10 000
„ (Halle a. S.)	8	18 800
Erft	4	6 800
Schleswig-Holstein	10	10 000
Hannover	11	15 000
Die Westfalen (Bielefeld)	12	7 000
„ (Dortmund)	5	8 000
Rheinproving (Afin)	15	25 700
„ (Elberfeld)	15	2 288
Saargebiet	12	15 800
Oden-Wassau (Kassel)	6	10 000
Nord-Bayern	20	20 000
Süd-Bayern	20	—
Wäls	6	—
Sachsen-Dresden	9	7 000
„ Leipzig	4	—
„ Chemnitz	7	10 000
„ Jülich	8	11 000
Württemberg	18	25 000
Waben	14	10 000
Hessen	9	18 000
Wiedenburg	7	—
Wöhringen (Weimar)	4	11 000
„ (Jena)	4	4 800
Göhring-Götha	1	—
Odenburg	5	4 000
Braunfchwieg	3	—
Sachsen-Meiningen	2	1 800
Anhalt	2	—
Hamburg	8	—
Bremen	5	4 800
Stübed	1	—
Elßig-Röhringen	15	31 700
	397	393 840,49

Sat so die Partei in agitatorischer Hinsicht und in der Beschaffung von Geldmitteln geradezu erstaunlich geleistet, so hat es aber vielmehr als in der vorgelagerten Vorbereitung und der gründlichen Durchführung der Wahlarbeiten, der so a f t e h n i s t i g e g a n g i s t i o n, doch sehr gemangelt. Es muß offen ausgesprochen werden, daß in manchen Kreisen die Gegner auf diesem Gebiete unseren Genossen vorzuziehen waren.

Bestärkt durch die „Partei der Nichtwähler“ gelang es dann den bürgerlichen Parteien, uns in einer Anzahl von Wahlkreisen niederzukämpfen. Wie sehr unter Umständen durch diesen Umstand zurückzuführen ist, zeigt folgende Berechnung:

Prozent der für uns abgegebenen Stimmen der Wahlberechtigten bei den Hauptwahlen	Wahlen	Zahl der Wahlkreise	Zahl der bei den Hauptwahlen zugewiesenen Mandate
85—40	1907	32	—
	1908	27	6
40—45	1907	82	26
	1908	88	3
45—50	1907	10	19
	1908	12	13
Über 50	1907	11	11
	1908	13	13

Am deutlichsten tritt dieser Umstand in der Vergleichen von Wahlkreisen in Erscheinung, in denen 40 bis 45 Prozent der Wahlberechtigten für uns gestimmt haben. Bei den Hauptwahlen 1905 war dies in 33 Wahlkreisen der Fall und in 28 dieser Wahlkreise kei uns ein Mandat zufließen. Bei den letzten Wahlen erreichten wir in 22 Wahlkreisen

tritt, tritt... Parteien... Haupt... Stimmen... 020... 748... 209... 607... 808... 858... 820... 894... 906... 861... 202... 018... 775... Parteien... Haupt... Stimmen... 020... 748... 209... 607... 808... 858... 820... 894... 906... 861... 202... 018... 775... Parteien... Haupt... Stimmen... 020... 748... 209... 607... 808... 858... 820... 894... 906... 861... 202... 018... 775...

Das gleiche Stimmverhältnis, aber nur in 8 von diesen Wahlkreisen erlangt wir das Mandat. Die Stichwahlkarte des Parteivorstandes wurde im Vorwärts vom 27. Januar veröffentlicht. Die Karte ist von den Parteigenossen überall befolgt worden; nur mit den Genossen einiger ländlicher Wahlkreise kam es wegen der Wichtigkeit der Persönlichkeit des Gegners zu einer Auseinandersetzung. Das Vorgehen dieser Genossen war aber infolgedessen begründet, als die freisinnigen auch in den Stichwahlen fast überall der Reaktion Zurechenbarkeit geleistet haben. Zu den 11 Mandaten, die sie bereits bei den Hauptwahlen der Reaktion auslieferten, haben sie dieser bei den Stichwahlen noch weitere 32 Mandate zugefügt. Damit die Stimmverhältnisse des Freisinn nicht der Vergesslichkeit anheimfällt, soll sie hier aufgeführt werden. Zunächst die Karte, die der Freisinn durch Verzicht auf eigene Kandidaturen den Parteien der Reaktion ausgeliefert hat. Zu diesem Zwecke führen wir die Stimmen auf, die der Freisinn im Jahre 1908 aufgebracht hat, und das Mehr, das der Gegenkandidat der Sozialdemokratie dadurch am 26. Januar erzielte:

Freisinnige Stimmen 1908	Parteiabstimmung	Parteiabstimmung
Elberfeld-Vormen	4 529	4 151 Antif.
Wangleben	408	891 Antif.
München I	712	1 426 natf.
Kornau-Löbichau	3 162	3 457 Sp.
Gannstatt	2 759	2 182 natf.
Esslingen	4 217	2 936 natf.
Reuß j. L.	10 806	2 728 natf.
Schwarzburg-R. O.	3 271	4 982 natf.
Preuss.-Ost	5 144	6 624 natf.
Hörsing	2 644	2 954 natf.
Wien	1 899	1 645 Antif.

Bei den Stichwahlen hat der Freisinn den Parteien der Reaktion die Mandate folgender Wahlkreise verschafft, und zwar:

den Konservativen 7, nämlich: Potsdam-Stettin, Rando-Wreitungen, Striegau-Schneiditz, Grünberg-Freystadt, Querfurt, Kalsch-Baren und Gilstrow;

den Reichsparteilern 7, nämlich: Rauh-Beitz, Rottbus-Spremberg, Bitterfeld-Delitzsch, Garburg-Burgheide, Westenburg-Eretsch, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe;

den Nationalliberalen 11, nämlich: Potsdam-Westhavelland, Wolmirsdorf-Neuhaldensleben, Liebenwerda-Fargau, Prenzlauer-Burg, Titzmarcken, Döbeln-Rohwein, Ansbach-Eisenfeld, Darmstadt, Hofstadt, Sena und Sachsen-Gebürg;

den Antisemiten 6, nämlich: Schwesig-Schmalldalen, Weimar, Eisenach und Holzminnen, Weissen-Großhain, Elberfeld-Vormen;

dem Bund der Landwirte 1, nämlich: Kofferslaur.

Der Freisinn hat als Oppositionspartei ausgelebt. Mit seinen Verehrern bei den Reichstagswahlen ist er zum wackrigsten Handlanger der Reaktion herabgefallen. Die Sozialdemokratie wird in Zukunft die einzige Partei sein, die für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse kämpft, die einzige Partei, die für die demokratische Entwicklung des Reiches eintritt.

Mehr denn je ist das Proletariat in seinem Befreiungskampfe auf sich selbst, auf seine eigene Kraft angewiesen. Mit desto größerem Eifer müssen daher unsere Parteigenossen ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellen. Haben wir den Wahlsieg trotz der schamlosesten Hege und des äußersten Aufgebots unserer Feinde als die unüberwindliche Dreimillionenpartei beizubehalten, so muß es uns bei sorgfältiger intensiver und unermüdlicher Organisations- und Aufklärungsarbeit auch gelingen, die uns noch fernstehenden Klassen- und Schichten mehr und mehr um unsere Banner zu sammeln und so neue Erfolge und neue Siege für die Partei zu erlangen.

unterlegen, in dem man die Kräfte aufhöchste anspannte. Das muß offen zugestanden werden. Und die „Deutsche Tageszeitung“ gab den bürgerlichen Parteien den dringenden Rat, auf der Hut zu sein, „damit sie bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder eine so unglückliche Niederlage erleben, wie bei der auf die glückliche Reichstagswahl im Jahre 1887 folgenden Wahl des Jahres 1890.“

Landtagswahlen.

Im Dezember und Januar fanden in Württemberg die Neuwahlen zum Landtag statt, und zwar zum ersten Male auf Grund der durch die Verfassungsreform geschaffenen neuen Verhältnisse. Am 5. Dezember wurden die Bezirkswahlen vollzogen, wobei für jedes Oberamt und die Städte je ein Abgeordneter zu wählen war. Die Proportionalwahl wurde hier zum ersten Male in Deutschland bei Wahlen zu einer politischen Körperschaft angewandt.

Im ersten Wahlgange ist die Entscheidung über 48 Mandate gefallen, wobei der Sozialdemokratie fünf Sitze zufielen. Von den sechs Mandaten der Stadt Stuttgart eroberten unsere Genossen drei. Die Sozialdemokratie hatte von allen Parteien den stärksten Stimmenzuwachs zu verzeichnen; sie vereinigte 91 717 Stimmen auf sich, gegen 58 721 im Jahre 1900, hatte also eine Zunahme von 32 996 Stimmen. Die Partei ist demnach in der Reihenfolge der Parteien von der vierten Stelle, an der sie bisher marschierte, an die erste Stelle gerückt. In 27 Bezirken mußte eine zweite Wahl stattfinden. Da der Stichwahlzwang aufgehoben ist, konnten alle am ersten Wahlgang beteiligten gewesenen und selbst neuangestellte Kandidaten bei den Nachwahlen auftreten; entscheidend ist die relative Mehrheit.

Nur durch die freiwillige Zurückziehung ausführender Kandidaturen konnte die Möglichkeit der Unterstufung des „kleineren Hebes“ herbeigeführt werden. Dieser Weg ist mit der Zustimmung der Sozialdemokratie und Volkspartei erzielten Verabredung beschränkt worden. Entscheidend war der Gesichtspunkt, daß nirgends durch Aufrechterhaltung einer ausführenden Kandidatur die Gefahr des Sieges eines reaktionären Kandidaten heraufbeschworen oder erhöht werden sollte. Wo diese Gefahr nicht vorhanden war, gingen unsere Genossen selbständig vor. Die am 18. Dezember stattgefundenen Nachwahlen hatten folgendes Ergebnis:

Das „rote“ Kartell, wie das Wahlabkommen von Sozialdemokratie und Volkspartei von den Gegnern getauft worden war, tat seine Wirkung in 13 von den 20 Kreisen, die in dasselbe hineingezogen worden waren. Die Sozialdemokratie erhielt durch das Abkommen drei statt der beabsichtigten fünf, die Volkspartei zehn statt der beabsichtigten fünfzehn Mandate. Es waren mithin sieben Wahlkreise nicht zu halten; zwei davon erhielt das Zentrum, zwei die Nationalliberalen und drei der Bauernbund. Von den sieben Kreisen, die das Abkommen freigelassen hatte, eroberte die Sozialdemokratie aus eigener Kraft drei. Während die Sozialdemokratie, wie die Einzelergebnisse ausweisen, überall geschlossen für die Volkspartei eingetreten ist, wo das Abkommen es erforderte, kann das Gleiche von der Volkspartei nicht behauptet werden.

Am 9. Januar wurden dann noch 17 Abgeordnete durch den Landesproporz gewählt. Das ganze Land ist zu diesem Zwecke in zwei Landeswahlkreise eingeteilt, von denen der eine neun und der andere acht Abgeordnete wählt. Bei diesen Wahlen fielen der Partei noch vier Mandate zu, so daß die Fraktionsstärke unserer Partei jetzt 15 beträgt, gegen 7 beim vorhergehenden Landtag.

Der Wahlsieg hat wegen seines Zusammenstimmens mit den Wahlen zum Reichstag an den Reich und die Opferfreude der württembergischen Parteigenossen die höchsten Anforderungen gestellt. Unter denselben Umständen mußten die Hamburger Parteigenossen den Kampf zu den Bürgerstimmwahlen führen. Dort fanden die allgemeinen Wahlen am 1. Februar statt; es waren die ersten Wahlen, die nach der im vorigen Jahre durchgeführten Wahlrechtsverfälschung vollzogen wurden. Auch dort ist das Proportionalwahlverfahren eingeführt, das wegen der Klaffenheit der Bürger noch komplizierter ist als das in Württemberg. Die Hamburger Bürgerwähler haben bei dieser Wahl den Wahlrechtsänderern eine nicht mißzuverachtende Antwort erteilt. Hätten diese sich nicht durch die Klaffenheit geschützt, so wären sie sämtlich hinweggefegt worden. Fast zwei Drittel der Wähler haben gegen den Wahlrechtsänderer gestimmt.

Die sozialdemokratische Vorschlagsliste hat in der 1. Klasse 5586, in der 2. Klasse 135 400 Stimmen auf sich vereinigt. Das heißt in der 1. Klasse haben 465, in der 2. Klasse 11 283 Bürger für die sozialdemokratische Liste gestimmt. Bei gerechter Proportionalwahl ohne Klaffenheit würden der Sozialdemokratie von den 38 in der Stadt zu vergebenden Mandaten etwa 17 zugefallen sein. Jetzt sind es nur 10; eins in der 1. Klasse und neun in der 2. Klasse. Die Klaffenheit hat also die Sozialdemokratie um ca. 40 Prozent ihres Rechtes betrogen.

Es gelang uns dann noch, bei den am 15. Februar stattgefundenen Grundbesitzwahlen ein weiteres Mandat zu erringen. Auf unseren Kandidaten fielen hier 3811 Stimmen. Da jeder Wähler 20 Stimmen abgab, haben 190 Grundbesitzer für unsere Liste gestimmt. Bei den Wahlen handelte es sich um eine halbseitige Erneuerung der Bürgerstimmwahl, so daß unsere Fraktion mit den nicht zur Wahl gelangenden 8 Mandate jetzt 19 Adressen hat, gegen 13 vor den Neuwahlen. Das Wahlergebnis ist ein großer Erfolg der Partei. Was unsere Genossen unter dem neuen Wahlgesetz erreichen konnten, ist ziemlich bis an die Grenze des Möglichen erreicht worden.

Ende November fanden im Großherzogtum Sachsen-Weimar die Landtagswahlen statt. Infolge der neuen Wahlkreisgeometrie verloren wir das Mandat für Jmenau, dagegen gewannen wir aber das für Ruhla. Die Wahlkreise Apolda-Land und Alstedt wurden von unseren Genossen behauptet. Die Sozialdemokratie hat demnach auch im jetzigen Landtag drei Mandate inne.

Einen schönen Erfolg hatten unsere Genossen in Elsaß-Lothringen bei den im September stattgefundenen Bezirkswahlen aufzuweisen. Sie beteiligten sich in 17 von 31 zur Wahl stehenden Kantonen und haben zu den bisher innegehabten zwei Mandaten noch drei hinzugewonnen, und zwar: Geispolsheim, Schiltigheim und Gebweiler. Die wichtigste Funktion der Bezirkstage ist die Wahl von 34 der 58 Landesauschussmitglieder.

In Sachsen-Altenburg fanden im März die Landtagswahlen statt. Es waren die ersten

Wahlen größeren Umfangs, die nach den Sottentotenwahlen im Reich stattfanden. Der Reichsverband hatte wie bei der Reichstagswahl auch bei diesen Wahlen in den von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlbezirken die Agitationsarbeit übernommen. Unsere Genossen haben jedoch die bisher innegehabten drei Sitze in der dritten Abteilung glänzend behauptet. In der Stadt Alenburg siegten wir mit 2354 gegen 1550, in den Städten des Ostkreises mit 1628 gegen 636 Stimmen. Der sozialdemokratische Stimmzuwachs beträgt 620.

Am 31. Mai fanden die Landtagswahlen in Bayern statt; sie wurden das erste Mal unter dem direkten Wahlrecht vollzogen. Trotz der Beschwerung mit einer einjährigen Steuererhöhung, der Ableitung des Verfassungsbereiches als Vorbedingung der Wahl, Sinaufklärung des Wahlalters vom 21. auf das 25. Lebensjahr, der verzerrenden Auslegung der Bestimmungen über den Wohnsitz und anderer schärfender Maßnahmen der Ober- und Unterbehörden, hatte die Sozialdemokratie einen großen Erfolg zu verzeichnen. Wir haben 20 Mandate errungen, gegen 12 im verfloffenen Landtag. Acht Mandate in München, fünf in Nürnberg, vier in der Pfalz, zwei in Pommern und eins in Erlangen, vier in den vereinigten Gegnern abgerufen. Dabei muß beachtet werden, daß von den 12 Mandaten im letzten Landtag höchstens drei aus eigener Kraft erlangt wurden, so daß wir eigentlich 17 Mandate gewonnen haben. Von allen Parteien hat die Sozialdemokratie die größten Erfolge aufzuweisen. Es ist nicht möglich, die Stimmergebühre mit denen früherer Landtagswahlen oder mit denen der Reichstagswahlen zu vergleichen, weil die neuen wahlgesetzlichen Bestimmungen einen stichhaltigen Vergleich ausschließen. Im ganzen Lande erzielten wir 169 549 Stimmen. Wir haben fast durchweg mit ansehnlichen Mehrheiten gesiegt; in mehreren Kreisen sind wir mit starken Minoritäten unterlegen. Das Zentrum, das bei der Reichstagswahl sehr bevorzugt worden war, hat sich behauptet, während die Sozialdemokratie, deren Kandidaten meist treue Gefährten des Reichsverbandes waren, nur mit Hilfe der reaktionären Elemente, der Konservativen und Hindler, mühsam ihre Position behaupten konnten. Unsere Genossen setzten gleich nach den Reichstagswahlen mit einer äußerst intensiven Agitation ein; die Erfolge ihrer Arbeit wurden in der Partei mit großer Befriedigung begrüßt.

Bei einer Bürgerstimmwahl in Bremen verloren unsere Genossen das von dem verstorbenen Genossen Erudmann innegehabte Mandat trotz Stimmzunahme, weil die Bürgerlichen bei dieser Wahl zusammengingen.

Zuletzt ist die Partei in den Parlamenten von 18 deutschen Bundesstaaten mit 135 Abgeordneten vertreten:

Bayern	20
Hamburg	19
Bremen	17
Württemberg	15
Baden	12
Hessen	7
Sachsen-Meiningen	7
Schwarzburg-Rudolstadt	7
Rosburg-Gotha	6
Obernburg	4
Alstedt	4
Reuß j. L.	4
Sachsen-Weimar	4
Sachsen-Altenburg	3
Lippe	3
Anhalt	2
Sachsen	1
Schaumburg-Lippe	1

Klasseninteressen der Besten schädigen können, hat in vielen Gemeinden die Selbstverwaltung zur Verschlechterung der an sich meist sehr reaktionären Wahlsysteme veranlaßt.

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Reich beträgt nach den uns von den Kreisorganisationen gemachten Angaben zurzeit 4996.

Waisfeier.

Trotz mancherlei ungünstiger Umstände ist die Waisfeier in diesem Jahre so glänzend verlaufen, wie in irgend einem Vorjahre. In den Orten, wo Umzüge erlaubt waren, gestalteten diese sich zu imposanten Demonstrationen. Versammlungen fanden mehr als in den Vorjahren statt, und aus allen Gegenden berichteten die Genossen über starken Besuch und begeisterte Stimmung. Die Arbeiter Deutschlands bewiesen, daß sie für die Bewirtung der Forderungen eintreten, die in allen Ländern am 1. Mai gestellt werden.

Vielfach ist der Aufruf des Parteivorstandes vom 15. April 1907 in der Parteipresse und in Versammlungen angegriffen worden, weil in dem Aufruf davon abgeraten wurde, dort Arbeitsruhe eintreten zu lassen, wo große Versammlungen in sicherer Aussicht standen. Was in dieser Hinsicht in dem Aufruf gesagt wurde, entspricht den Beschlüssen unserer Parteitage und des Internationalen Kongresses in Amsterdam.

Parteipresse.

Unsere Parteipresse hat im letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Infolge des vergrößerten Umlaufens der Geschäftsberichte kann das hier leider noch nicht zahlenmäßig festgestellt werden. Die vorliegenden Einzelmeldungen der Parteipresse lassen aber mit Sicherheit auf diese Tatsache schließen. So ist z. B. im letzten Jahre der Abonnementstand des Vorwärts von 112 000 auf 135 000 gestiegen.

Hand in Hand mit der Erweiterung des Leserkreises ging eine sehr wesentliche Verbesserung des redaktionellen Teils der Wäcker. In einer Anzahl von Orten waren infolgedessen unsere Genossen gezwungen, Betriebsveränderungen vorzunehmen, um den gesteigerten Anforderungen genügen zu können.

Als neue Mitstreiter sind erschienen: die Nordhäuser Volkszeitung, die Weimarer Volkszeitung in Jena, die Volkszeitung in Jherlohn, die Volksstimme in Müdenburg und als Wochenblatt das Volksblatt in Offenbach. Die Mitteldeutsche Sonntagszeitung in Gießen, die als Wochenblatt 12 1/2 Jahre der Partei gedient hatte, mußte der täglich erscheinenden Oberhessischen Volkszeitung Platz machen. In den nächsten Monaten wird in Eisen a. M. ein Parteiblatt für die Wahlkreise Essen und Duisburg erscheinen.

Wie wir schon im vorjährigen Bericht mitteilen, ist die kommunale Praxis in Parteieigentum übernommen worden. Seit dem 1. Januar ist die Geschäftsleitung des Blattes der Buchhandlung Vorwärts übertragen worden; die Drucklegung, die zurzeit noch in Dresden erfolgt, wird vom 1. Oktober ab die Vorwärts-Druckerei übernehmen.

In vielen Orten stellen die Parteigenossen jedem in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen ein Exemplar der kommunalen Praxis zu. Die Verallgemeinerung dieser Einrichtung ist sehr zu empfehlen.

Eine Konferenz der Redakteure haben wir gleich nach den Reichstagswahlen einberufen. In dieser Konferenz erklärte sich der Parteivorstand bereit, die Gründung einer Zentralkasse für die Presse in Aussicht zu nehmen. Diese Zentralkasse sollte die tägliche Zustellung wichtiger politischer Nachrichten an die Provinzpresse übernehmen. Außerdem sollte der Inhalt wichtiger, parlamentarischer Urträge und Gelegenheitswerke, wichtiges geordnetes statistisches Material und die Durchführung und Berichtigung von Angriffen und Verleumdungen gegen die Partei und Parteigenossen durch diese Zentralkasse der Presse besser zugänglich gemacht werden. Nachdem der Parteivorstand noch die Meinung mehrerer parteigenössischer Redakteure über die Organisation eines solchen Instituts eingeholt hatte, wurde in einer Sitzung der Gesamtparteileitung zu dem Angelegenheit Stellung genommen. Einmütig ist der Einrichtung eines solchen Instituts zugestimmt worden. Eine entsprechende Vorlage wird dem Parteitag unterbreitet werden.

Ueber den Stand des Vorwärts, der Neuen Zeit, der Gleichheit und des Wahren Jakob geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft:

Vorwärts (1906/1907)															
	Juli-September 1906	Oktober-Dezember 1906	Januar-März 1907	April-Juni 1907	Summe										
A. Eingänge:															
Abonnementsgelder durch die Expedition	232916	35	254721	50	273728	15	276284	10	1037650	10					
Abonnementsgelder durch die Post	16636	80	16297	10	21262	—	18116	25	72312	13					
Zinserlös-Einnahme	77062	80	113302	65	103101	20	116161	40	409627	55					
Inferenz auf dem Großhändlerverkauf durch die Expedition						5122	35	—	—	5122	35				
Gesamt-Einnahme Mk.						326615	45	889443	60	398001	85	410561	75	1524712	115
B. Ausgänge:															
Diverse Unkosten: (Werte, Zeitungsubskription, Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Reisefreien der Redaktion, Telefon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibmaterialien, Formulare etc.)						16250	60	21051	15	18550	40	81247	40	87399	55
Mitarbeiter:															
Politik	12122	25	7311	85	5605	20	7615	65	32854	65					
Sozial	1707	80	1512	60	1506	85	2497	58	7234	80					
Gemeinschaftliches	2569	55	2030	25	1978	85	8105	95	9684	60					
Veranstaltungen	276	05	321	40	1041	15	255	20	1893	80					
Polizei	2289	70	2608	—	2187	60	2717	05	9747	35					
Rosort	1049	05	984	—	688	80	1114	35	3786	20					
Reinigung	5649	75	3199	90	3491	90	8648	50	15889	45					
Redakteure	17517	10	15170	45	15271	05	16127	80	64085	90					
Parlamentarische etc.	780	—	1380	—	1530	—	1155	—	4845	—					
Neue Welt	13165	65	13842	—	15480	50	15904	80	58342	95					
Gehälter der Expedition	5622	40	6435	75	6879	15	5051	70	22897	—					
Gehaltslohn	354	65	174	75	1645	25	472	70	2649	—					
Redaktionsbibliothek	185	70	117	10	423	90	390	65	1117	85					
Druckrechnung	220896	20	247710	80	279449	85	283464	65	1081521	55					
Gesamt-Ausgabe Mk.						800385	95	823795	—	855179	85	874698	45	1854099	25
Gewinn						26220	50	65648	60	42911	50	35898	80	170682	60
wie oben unter A Mk.						326615	45	889443	60	368091	85	410561	75	1524712	115

Der Gesamt-Ueberfluß beträgt Mk. 170 682,90.
Berlin, den 12. August 1907.

Neubiert und für richtig befunden:
Dr. Brähne, W. Bod. Otto Braun, Eugen Ernst, F. J. Ehrhart, H. Ged. Zug. Kaden, G. Roenen, Clara Reiffin.

